



Vermarktung EEG-Strom

In Ergänzung zur neuen Ausgleichsmechanismus-Verordnung (AusglMechV), die bereits am 01.01.10 in Kraft trat (siehe dazu unsere [Stellungnahme vom 14.08.09](#)), ist am 27.02.10 eine Ausführungsverordnung zu dieser AusglMechV in Kraft getreten. Mit dieser Ausführungsverordnung macht die Bundesnetzagentur von ihrer Kompetenz zur Steuerung der EEG-Stromvermarktung Gebrauch und gibt dementsprechend den Netzbetreibern konkrete Vorgaben, wie sie die Vermarktung in Bezug auf denjenigen Strom handhaben müssen, den sie nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu vergüten haben.

Die Ausführungsverordnung setzt damit das um, was zwingend notwendig aus der Vereinfachung des EEG-Umwälzmechanismus folgt: Der vom Netzbetreiber aufgenommene EEG-Strom wird seit dem 01.01.10 zwar nicht mehr an die Stromlieferanten weiter verteilt, sondern darf und muss von den Netzbetreibern an der Börse verkauft werden. Dieser Verkauf kann aber nicht vollkommen frei und unreguliert erfolgen, sondern muss nunmehr ab 27.02.10 den Vorgaben der Ausführungsverordnung genügen.

Langfristiges Ziel dieser Ausführungsverordnung ist es, die Höhe der EEG-Umlage zu senken. Wie bekannt, ergibt sich die Höhe der EEG-Umlage aus dem Differenzbetrag zwischen dem vom Übertragungsnetzbetreiber erzielten Verkaufserlös (Börsenpreis) und der an den EEG-Anlagenbetreiber gezahlten EEG-Mindestvergütung.

Aufgrund des für 2010 prognostizierten Differenzbetrages beträgt die EEG-Umlage in 2010 2,047 ct/kWh. Ob dieser Betrag durch die neue Ausführungsverordnung langfristig tatsächlich gesenkt wird, bleibt abzuwarten.

Aus dem Text der Ausführungsverordnung bereits heute ersichtlich wird, dass zukünftig die Möglichkeit besteht, in den Zeiten, in denen ein hohes Angebot an EEG-Strom besteht (also z. B. bei besonders viel Wind), geringe Marktwerte des EEG-Stroms zu vermeiden. Die Ausführungsverordnung schafft insoweit den Übertragungsnetzbetreibern nämlich die Handhabe, Preislimits zu setzen. Sie ermöglicht es damit, den markt- und nachfragebedingten Preisverfall des EEG-Stroms zu bremsen.

Meines Erachtens scheinen diese Preislimits in der Tat ein gutes Instrument, den Hauptpreistreiber der EEG-Umlage zu limitieren. Wie allgemein bekannt, kam es in der Vergangenheit gerade in Zeiten, in denen besonders viel EEG-Strom auf dem Markt war, des Öfteren sogar schon zu so genannten „negativen Börsenpreisen“ (sprich: zur Zahlung einer Prämie an Stromhändler). Gerade diese „negativen Börsenpreise“ haben zur Erhöhung der EEG-Umlage geführt – und nicht etwa der Ausbau der Erneuerbaren Energien – so dass ihre Vermeidung langfristig denknotwendig zur Reduzierung der EEG-Umlage führen muss.

Schlussendlich wird die neue Ausführungsverordnung in jedem Fall zu mehr Transparenz und Kontrolle bei der EEG-Vermarktung führen. Auch das wird denjenigen, die die EEG-Umlage im Endeffekt zahlen müssen (also den Strom-Contractoren und den Endkunden), nur nutzen.

Rechtsanwalt
Dr. Dirk Legler

Hamburg, 02.03.2010